

Im Paternoster himmelwärts

Für die Bremer Weihnachtsmänner ging es bei ihrem jährlichen Treffen am Freitag zunächst himmelwärts – mit dem Paternoster im Haus des Reichs. Finanzsenator Björn Fecker als Hausherr hatte die Geschenkeüberbringer zum Start der Weihnachtsmänner-Saison zur Betriebsversammlung an seinen Dienstsitz eingeladen. Die von der Arbeitsagentur Bremen unter Vertrag genommenen Weihnachtsmänner kommen den Angaben zufolge beispielsweise beim Weihnachtsfest im Familienkreis und bei Betriebsfeiern zum Einsatz. Wer sich einen 20-minütigen Auftritt sichern möchte, kann sich ab sofort im Weihnachtsmannbüro der Jobvermittlung melden.

TEXT: WK/FOTO: CHRISTINA KUHAUPT



Trend zum externen Lagerraum

Sogenannte Self-Storage-Räume gibt es auch im Bremer Stadtgebiet – was es damit auf sich hat

VON MORITZ KALVELAGE

Bremen. Der Schrank, der nicht durch das Treppenhaus passt, oder die geerbte Büchersammlung – nicht immer findet alles in den eigenen vier Wänden seinen Platz. Und das, obwohl die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche auf dem Land und auch in der Stadt konstant steigt. Das geht aus einer Studie des Immobiliendienstleisters „empirica regio“ aus dem Jahr 2022 hervor. Gleichzeitig steigt die Zahl sogenannter Self-Storage-Lager.

Self-Storage, auf deutsch in etwa Selbstlagerung, ähnelt einem Lager, es gibt aber einen wichtigen Unterschied: „Bei einem klassischen Lager ist ein Lagermeister dabei, beim Self-Storage können die Kunden in den angegebenen Zeitfenstern selbstständig ein- und ausgehen“, erklärt Klaus Müller, Vorsitzender des Verbands Deutscher Self-Storage-Unternehmen. „Die Menschen haben zwar mehr Platz, aber sie haben auch mehr Gegenstände.“ Müller fügt an: „Wir sind wie ein Hotel für Sachen.“

Auch in der Bremer Innenstadt gibt es ein Self-Storage-Lager: Seit April betreibt Sebastian Mastalka das Depot76 in der Faulenstraße. Wie der 45-Jährige auf die Idee kam? „Als Kind war ich in den USA, und da hatten alle einen Self-Storage-Raum.“ In den USA gibt es etwa 50.000 Self-Storage-Lager, das heißt, auf weniger als 7000 Menschen kommt ein Lager. Beim Self-Storage-Verband in Deutschland sind derzeit 65 Mitglieder mit 220 Standorten registriert, Anbieter, die nicht im Verband gelistet sind, kommen noch hinzu. Ihren Bedarf können Interessierte auf der Homepage des Bremer Anbieters angeben. Die Suchmaschine zeigt die verfügbaren Boxen an – so werden die Lagerflächen genannt. „Von Schließfachgröße bis zu mehreren Quadratmetern kann man alles mieten“, erklärt Unternehmer Mas-

talka. Was für Sachen eingelagert werden, weiß Sebastian Mastalka: „Da ist alles dabei, vom kleinen Kosmetikstudio, bis zu den Sachen eines Studenten, der ein halbes Jahr ins Ausland geht. Meistens sind es aber Möbel.“ Häufig würden die Räume an den Kippunkten des Lebens genutzt, etwa bei einem Umzug oder einer Trennung.

In der Anlage von Mastalka gibt es keinen Pförtner, die Räume sind dafür aber videoüberwacht und von 6 bis 22 Uhr geöffnet. Zudem gibt es einen Lift, und das Gebäude ist temperiert, auch um Schimmel vorzubeugen. Auf 700 vermietbaren Quadratmetern bietet Mastalka 240 Boxen in der Innenstadt an. Eine Wohnung zu mieten, sei vielleicht günstiger, aber da es sich bei der Immobilie um Gewerbefläche handelt, gehe kein Wohnraum verloren, macht Mastalka klar.

Die Dauer der Lagerung sei unterschiedlich, sagt der Verbandsvorsitzende Müller. „Eine große Gruppe mietet die Boxen nur kurz, etwa drei bis sechs Monate zum Beispiel während einer Renovierung.“ In seinen eigenen Lagerboxen habe jemand seit mehr

als 13 Jahren Gegenstände untergebracht – das sei eher selten der Fall, „aber fünf Jahre schaffen einige.“ Bedeutender Vorteil der Mieträume sei die hohe Flexibilität. „In den meisten Anlagen können die Kunden von jetzt auf gleich rein“, sagt Müller. Die Mindestmietdauer betrage in der Regel zwei Wochen, danach könnten die Kunden auch ohne Frist ausziehen, abgerechnet werde auf den Tag genau.

Zahlreiche Verbote

Was nicht eingelagert werden darf? „Da hat jedes Geschäft so seine Liste, mit der alle versuchen, die Sicherheit so hoch wie möglich zu halten“, erklärt Müller. Flüssiges oder brennbares Material sei ebenso verboten wie Lebensmittel, Waffen oder Sprengstoff. „Die Liste ist umfangreich, aber nachvollziehbar.“ Kontrolliert werden die Räumlichkeiten nicht: „Ein Mietvertrag bei uns ist ähnlich wie der Mietvertrag in einem Wohnhaus.“ Der Vermieter wisse ja auch nicht, was Menschen in ihren eigenen vier Wänden für Gegenstände aufbewahren. „Für uns endet

die Verantwortung an der Tür zu der Box.“

Vincent Stefes betreibt drei Lager in Bremen – in Horn, in der Neustadt und in Hasstedt. „Ziel ist es, den Kunden nicht nur ein Lager, sondern eine Wohnungserweiterung anzubieten“, sagt er. Daher versuche man, die Self-Storage-Räume dort anzubieten, wo viele Menschen wohnen. Klaus Müller vom Self-Storage-Verband weiß, wo die Lager häufig platziert werden. „Es ist schon ein Phänomen des städtischen Raumes, wir haben aber auch neue Mitglieder im Verband, die in ländlicheren Gegenden vertreten sind.“

Seinen Angaben zufolge sind die Anlagen in der Regel videoüberwacht, dazu gebe es eine Kontrolle am Eingang, für Brandschutzsicherheit und Schädlingsmonitoring sei gesorgt. „Sicher, sauber, trocken“, das sei der Kern der Dienstleistung, sagt Müller. Vor allem würden die Lager von privaten Kunden genutzt, lediglich 20 Prozent der Mieter seien gewerblich.

„Das ist eine Branche, die immer weiter wächst“, sagt Müller. Kostenfrei ist das externe Lager natürlich nicht: Knapp 1,5 Quadratmeter kosten beispielsweise bei Depot76 für vier Wochen etwa 45 Euro. Laut Müller haben die Anbieter hohe Investitionssummen zu stemmen: das Einbauen der Boxen, Brandschutzmaßnahmen, Überwachungstechnik. Pro Quadratmeter kämen so 250 bis 300 Euro für den Ausbau zusammen.

Seit 2021 betreibt Dirk Georgus „Das Lager im Viertel“. Auch bei ihm können Kundinnen und Kunden dank des Kartensystems außerhalb der Bürozeiten in die Lagerboxen. Für die Nachfrage in seinem Lager hat Georgus einen Grund: „Gerade im Viertel bauen viele Menschen ihre Souterrainwohnungen um, aus den Kellern werden Wohnungen.“ Zwar werde Wohnraum gewonnen, Lagerfläche aber gehe verloren.

FOTO: KUHAUPT



Sebastian Mastalka betreibt seit April ein Self-Storage-Lager in der Innenstadt, um Menschen Abstellfläche in der Nähe zu ermöglichen.

Bahngewerkschaft lässt über unbefristete Streiks abstimmen

VON MATTHIAS ARNOLD

Berlin. Kurz nach dem Ende des ersten Warnstreiks im Tarifstreit mit der Deutschen Bahn hat die Gewerkschaft GDL ihre Mitglieder zur Urabstimmung aufgerufen. Sie sollen über unbefristete Streiks bei der Bahn und anderen Verkehrsunternehmen entscheiden, teilte die Gewerkschaft am Freitagabend mit. „Wir erwarten, dass unsere Mitglieder der Hinhaltetaktik der Arbeitgeber eine eindeutige Antwort erteilen“, sagte GDL-Chef Claus Weselsky laut Mitteilung.

Für längere und häufigere Arbeitskämpfmassnahmen müssten sich 75 Prozent der Mitglieder aussprechen. Über Zeitpunkt und Ergebnis der Auszählung wolle die GDL gesondert informieren. „Weitere Warnstreiks sind bis dahin nicht ausgeschlossen.“

Die Bahn kommentierte die Ankündigung der Lokführergewerkschaft zunächst nicht. Die GDL verhandelt neben dem bundeseigenen Konzern noch mit einigen anderen Unternehmen, darunter mit dem Bahnwettbewerber Transdev. Auch diesem Unternehmen warf die Gewerkschaft eine Hinhaltetaktik vor.

Früh auf Urabstimmung gesetzt

Bei der Bahn hatte die GDL in dieser Woche zum ersten Warnstreik im laufenden Tarifstreit aufgerufen. Von Mittwoch- bis Donnerstagabend standen weite Teile des Fern-, Regional- und Güterverkehrs still. Weselsky hatte immer wieder betont, schon früh in der Auseinandersetzung auf eine Urabstimmung setzen zu wollen. Damit will er eigenen Aussagen zufolge vor allem vermeiden,

dass die Bahn gegen Warnstreiks vor das Arbeitsgericht zieht. Für Warnstreiks ist keine Urabstimmung nötig. Dafür bestehen engere Vorgaben, was Dauer und Häufigkeit angeht.

Wie es am Verhandlungstisch weitergeht, ist offen. Der Auftakt der Tarifverhandlungen beim Konzern endete in der vergangenen Woche ohne inhaltliche Ergebnisse. In dieser Woche sollte weiterverhandelt werden. Nach dem Warnstreikaufruf der GDL sagte die Bahn die Gespräche aber ab. Es könne nicht verhandelt und gleichzeitig gestreikt werden, argumentierte Personalvorstand Martin Seiler.

Die nächste Verhandlungsrunde ist für Donnerstag und Freitag in der kommenden Woche terminiert. Die Bahn hatte bereits angekündigt, den Termin einhalten zu wollen,

solange die GDL an den jeweiligen Tagen nicht erneut zum Arbeitskampf aufruft.

Die Gewerkschaft fordert unter anderem 555 Euro mehr im Monat sowie eine Inflationsausgleichsprämie. Knackpunkt der Verhandlungen ist indes die Forderung nach einer Absenkung der Arbeitszeit von 38 auf 35 Wochenstunden für Schichtarbeiter bei vollem Lohn. Aus Weselskys Sicht kann nur so die Attraktivität dieser Berufe verbessert werden.

Die Bahn lehnt diese Forderung als unerfüllbar ab. Sie bietet eine elfprozentige Entgelterhöhung bei einer Laufzeit von 32 Monaten und die von der GDL geforderte Inflationsprämie. Von einer Einigung sind beide Seiten nach der ersten Verhandlungsrunde und dem ersten Arbeitskampf weit entfernt.

Volksbanken fusionieren

Zusammenschluss in der Region

VON CHRISTOPH BARTH

Bremen. Der Fusion zwischen der Bremischen Volksbank und der Volksbank Wümme-Wieste steht nichts mehr im Weg: Am Donnerstagabend stimmten die Mitgliederversammlungen der beiden Genossenschaftsbanken dem Zusammenschluss zum 1. Januar 2024 zu. Der neue Name der Bank: Bremische Volksbank Weser-Wümme.

Die Vorstände der beiden Volksbanken hatten das Vorhaben im März auf den Weg gebracht. Durch die Fusion entsteht die größte Genossenschaftsbank in der Region mit einer Bilanzsumme von 2,4 Milliarden Euro und 50.000 Kunden. Ziel sei es, „eine neue schlagkräftige Bank zu bauen, die selbstbewusst und stark im Markt Bremen und umzu agieren kann“, erklärte Ulf Brothuhn, Vorstandschef der Bremischen Volksbank, der auch dem vierköpfigen Vorstand der neuen Bank vorsitzen soll.

Neue Iban

Juristisch gesehen übernimmt bei der Fusion die Bremische Volksbank die Volksbank Wümme-Wieste. Jeder Kunde bekommt ab Juni kommenden Jahres eine neue Iban für sein Konto. „Wir sagen all unseren Kunden jegliche technische, digitale und persönliche Unterstützung zu, damit diese Veränderungen so geräuschlos wie möglich verlaufen können“, versichert Matthias Dittrich, Vorstand der Volksbank Wümme-Wieste, der für das technische Fusionsprojekt verantwortlich ist.

Alle 17 Filialstandorte der beiden Banken in Bremen und den Landkreisen Rotenburg und Verden bleiben erhalten; in der Stadt Rotenburg, wo beide Banken über eigene Filialen verfügen, sollen diese zusammengelegt werden. Auch alle 250 Mitarbeiter behalten ihren Job – „es wird keine fusionsbedingten Kündigungen geben“, versichert Vorstandschef Brothuhn. Über die natürliche Fluktuation könnten in den kommenden Jahren unter dem Strich bis zu zehn Stellen abgebaut werden.

Es ist nicht die einzige Fusion von Volksbanken in der Region: In der vergangenen Woche hatten die Vertreterversammlungen der Volksbank Syke und der bereits aus mehreren Fusionen hervorgegangenen Volksbank Niedersachsen-Mitte einem Zusammenschluss zum September 2024 zugestimmt.

BAUVERWALTUNGEN

Weniger neue Wohnungen werden genehmigt

Wiesbaden. Die deutschen Bauverwaltungen haben im September so wenige neue Wohnungen genehmigt wie seit mehr als zehn Jahren nicht mehr. Die Zahl der Wohneinheiten lag bei 19.300 und damit 29,7 Prozent unter dem Wert aus dem September 2022, wie das Statistische Bundesamt am Freitag in Wiesbaden berichtete. Zuletzt wurden im Januar und Februar 2013 jeweils niedrigere Monatszahlen registriert. Damit sind im laufenden Jahr nach neun Monaten erst 195.100 Wohnungen neu genehmigt worden. Das waren 28,3 Prozent weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Das von der Bundesregierung ausgegebene Jahresziel von 400.000 Einheiten bleibt damit in weiter Ferne. Als Gründe für die schwache Entwicklung bei einer gleichzeitig hohen Nachfrage nach Mietwohnungen nennt das Amt die hohen Baukosten und die ungünstigen Finanzierungsbedingungen. DPA

TARIFSTREIT

Verdi willigt in Gespräch mit Handelsverband ein

Berlin. Im Tarifkonflikt des Handels wollen die Verhandlungsseiten am Donnerstag zu einem Spitzengespräch zusammenkommen. „Die Gewerkschaft Verdi hat diesen Termin uns gegenüber heute bestätigt“, teilte der Handelsverband Deutschland (HDE) am Freitagabend mit. Die Verhandlungen stecken seit Monaten fest. Zuletzt hatte die Verdi zu einem Warnstreik sowohl im Einzel- als auch im Großhandel aufgerufen. Verdi-Bundesvorstandsmitglied Silke Zimmer sagte, man habe den Gesprächstermin am 23. November angeboten. „Jetzt ist es an der Zeit, schnell Lösungen am Verhandlungstisch zu finden und dem Zeitspiel auf Kosten der Beschäftigten ein Ende zu setzen.“ DPA